FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

Bern, 1. Oktober 2025 / HG
VL Versorgungssicherheit

Elektronischer Versand: ccvs@bag.admin.ch und gever@bag.admin.ch.

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

1 Allgemeine Haltung

Die FDP.Die Liberalen anerkennt die Versorgungssicherheit mit Heilmitteln und anderen wichtigen medizinischen Gütern als ein zentrales Anliegen. Die jüngsten Erfahrungen mit Engpässen bei Arzneimitteln und medizinischer Materialien haben gezeigt, dass die Schweiz in globalisierte Lieferketten eingebunden ist und dadurch Abhängigkeiten entstehen. Eine punktuelle, gezielte Stärkung der Bundeskompetenzen kann sinnvoll sein; dort, wo Marktmechanismen versagen oder die Kantone allein nicht handlungsfähig sind.

Die FDP.Die Liberalen sprechen sich jedoch klar für eine liberale, marktorientierte und föderal ausbalancierte Lösung aus. Ein Kompetenztransfer «aus einer Hand» – wie es die Initiative vorsieht und der Gegenvorschlag suggeriert – ist abzulehnen.

2 Föderalismus und Subsidiarität

Wir legen Wert darauf, dass die Rollen von Kantonen und Privatwirtschaft gewahrt bleiben. Die Grundversorgung soll weiterhin primär durch den Markt sichergestellt werden. Der Bund darf nur subsidiär eingreifen, wenn dies nachweislich erforderlich ist. Eine Kompetenzverlagerung entlang der gesamten Wertschöpfungskette lehnen wir ab.

3 Monitoring und Transparenz

Die vorgesehene Stärkung des Monitorings der Versorgungslage durch den Bund ist sinnvoll. Voraussetzung ist jedoch, dass:

- das Monitoring schlank, digital und effizient ausgestaltet wird,
- administrative Belastungen für Unternehmen minimiert werden,
- Transparenz entsteht, ohne Geschäftsgeheimnisse unverhältnismässig offenzulegen.

Dies wäre mit Gesetzesänderungen in den entsprechenden Rechten schlank, schnell und zielgerichtet umsetzbar. Auch der Vollzug würde sich somit einfacher gestalten.

4 Wirtschaftliche Anreize statt staatlicher Produktion

Wir begrüssen den Vorschlag, dass der Bund die Möglichkeit erhält, wirtschaftliche Anreize zu setzen. Solche Instrumente sind einem dirigistischen Ansatz oder gar staatlicher Eigenproduktion klar vorzuziehen. Subventionen und Eingriffe müssen jedoch:

- zielgerichtet, befristet und überprüfbar sein,
- auf ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis achten,
- Fehlanreize vermeiden, die Innovation oder Wettbewerb hemmen könnten.

5 Internationale Zusammenarbeit

Die FDP.Die Liberalen unterstützen die vorgeschlagene Stärkung der internationalen Kooperation. Gerade in einem kleinen, stark vernetzten Markt wie der Schweiz ist eine enge Einbindung in multilaterale und europäische Strukturen entscheidend. Dabei müssen jedoch Handelsfreiheit und offene Märkte oberstes Prinzip bleiben.

6 Finanzierung und Verhältnismässigkeit

Die Vorlage weist zurecht auf mögliche Mehraufwände hin. Wir fordern, dass bei der Sicherstellung der Versorgungssicherheit:

- die finanziellen Auswirkungen auf Bund, Kantone und Wirtschaft konkret beziffert und transparent dargestellt werden,
- eine klare Priorisierung erfolgt, damit nur die vorrangigsten Versorgungsprobleme adressiert werden,
- Kostenfolgen nicht einseitig auf Kantone oder Leistungserbringer überwälzt werden.

7 Schlussfolgerung

Die FDP.Die Liberalen erachtet die Versorgungssicherheit als ein reales und pressendes Problem. Im Gegensatz zu einer Verfassungsänderung, wie dies in der Initiative und im direkten Gegenvorschlag präsentiert wird, kann hier der Gesetzgeber auf Gesetzesstufe aktiv werden. Entscheidend ist hierbei, dass:

- die Subsidiarität gewahrt bleibt,
- der Markt seine zentrale Rolle behält,
- der Bund nur dort aktiv wird, wo es wirklich nötig ist,
- Massnahmen effizient, verhältnismässig und finanzierbar ausgestaltet werden.

Wir möchten sinnvoll und zeitnah dem Problem begegnen. Daher lehnen wir die Volksinitiative dezidiert ab.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Der Generalsekretär

Thierry Burkart
Ständerat

Jonas Projer